

Solidarisch wirtschaften mit Risikokapital

Über das Wirtschaftsleben nach dem Kapitalismus

Erfahrungen der dänischen Genossenschaftsbewegung im 20. Jahrhundert

*Håkan Blomberg**

Innerhalb weniger Jahrhunderte ist die Wirtschaft durch Arbeitsteilung und Technik zur Weltwirtschaft geworden. Die Renditeaussichten bei Finanzanlagen an den globalen Geld- und Kapitalmärkten haben viele Menschen gelockt, nicht nur die sogenannten großen Player. Wer nicht mitmachte, galt als Spielverderber oder hoffnungslos Gestriger. Inzwischen hat die Erschütterung des Weltfinanzsystems und die daraus resultierende Wirtschaftskrise den Glauben an die wohlthätige Macht des Renditestrebens und die Selbstregulierung der Märkte nachhaltig erschüttert. Dass ein Neubeginn erforderlich ist, wird nur von wenigen ernsthaft bestritten. Die große Frage ist allerdings, wie dieser Neubeginn aussehen soll und wie tiefgreifend er sein muss. Eine Rolle bei der Diskussion um neue Regeln für die globale Ökonomie spielen Fragen von

* Håkan Blomberg, geb. 1937 in Göteborg. Studium an der Handelshochschule in Stockholm. Diplomkaufmann. Sieben Jahre als Berater für Marketingfragen in verschiedenen Branchen tätig, danach als Projektleiter in weniger entwickelten Ländern. 20 Jahre tätig in einem Großhandelsunternehmen für Krankenpflegemittel, u.a. als geschäftsführender Direktor, Teilhaber und Aufsichtsratsmitglied. Tätig für Entwicklungsprojekte in Mittelamerika und im Moment in China. Diese Arbeit fußt auf geisteswissenschaftlicher Forschung, wobei zu seinen Lehrern neben Rudolf Steiner auch Arne Klingborg und Hans Georg Schweppenhäuser gehören.

Risiko und Haftung. Die ganze Misere sei vor allem ein Ergebnis mangelnder Eigenkapitalausstattung der Banken, so kann man hören.

Diese Diskussion droht in neue Illusionen zu münden, wenn die Frage nach der Kreditsicherung nicht auf neue Grundlagen gestellt wird. Dabei geht es nicht einfach nur um ein besseres Verständnis des Problems, sondern auch um die Berücksichtigung praktischer Erfahrungen mit einer alternativen Praxis der Kreditsicherung. Ein wichtiges derartige Erfahrungsfeld ist die Praxis der Genossenschaftsbewegung in Dänemark im 20. Jahrhundert, insbesondere in der Lebensmittelbranche. Die Erfolgsgeschichte dieser Bewegung beruhte nicht zuletzt auf einer evolutionären Methode der Unternehmensfinanzierung aus der Branche heraus. Von dem damaligen „Wirtschaftswunder“ können wir vieles für die gegenwärtige Situation lernen. Das gleiche gilt für die Erfahrungen der von Muhammad Yunus begründeten Grameen-Bank, die ebenfalls auf solidarischen Formen der Risikoabsicherung aufbaut. In Dänemark waren mehr als zwei Millionen Menschen aktive Mitglieder und Teilhaber der Genossenschaften, das heißt etwa die Hälfte der Bevölkerung des Landes. Der Grameen-Bewegung sind heute rund hundert Millionen Kreditnehmer in mehreren Ländern angeschlossen.

Der verstorbene Hans Wolfram Schweppenhäuser legte 1956 eine bahnbrechende volkswirtschaftliche Dissertation über die genossenschaftliche Zusammenarbeit in der dänischen Elektrizitätswirtschaft vor. Ohne diese Studie mit ihrer reichhaltigen Erfahrungs- und Faktensammlung wäre unsere Darstellung nicht möglich gewesen.**

Das Wesen des Wirtschaftslebens - die Frage nach funktionsgerechten Wirtschaftsformen

In alten bäuerlichen Gemeinwesen lebte man noch in hohem Maß von demjenigen, was man selbst produzierte. Es herrschte gesellschaftliche Stabilität, Veränderungen vollzogen sich nur langsam. Das gilt heute nicht mehr, sondern inzwischen hat sich die Entwicklung ungeheuer beschleunigt. Heute arbeiten wir in einem Wirtschaftsleben, in dem jeder seine spezialisierte Rolle hat. Das führt zu stärkerer Zusammenarbeit und gegenseitiger Abhängigkeit innerhalb der gesamten globalen Ökonomie.

Jeder Teilnehmer spezialisiert sich auf seine Funktion und strebt danach, sie sowohl besser als auch billiger zu erfüllen. Je weiter diese Spezialisierung geht, desto größer ist der Markt, der gebraucht wird, um die Kunden zu finden, die gerade mein spezialisiertes Produkt oder meine Dienste suchen. Aus dieser Gesetzmäßigkeit heraus hat sich der globale Markt zu einem zusammenhängenden „Ganzen“ von Kooperation und gegenseitiger Abhängigkeit entwickelt. Menschen spezialisieren

** Schweppenhäuser, Hans Wolfram: Elektrizitätswirtschaft. Ein Beitrag zur ideologischen Auseinandersetzung zwischen Privat- und Staatswirtschaft. 133 Seiten, Dissertation, Freiburg 1956.

sich durch Ausbildung und Erfahrung immer mehr und arbeiten für die Bedürfnisse anderer.

Ein lebendiges Bild für den Produktivitätsgewinn, den eine erweiterte Zusammenarbeit mit sich bringt, sind die so genannten just-in-time-Lieferungen, die unter anderem im Maschinenbau oder in der Baubranche vorkommen. Dabei arbeiten Unternehmen mit der Montage von Zulieferungen zahlreicher Firmen. Sobald die Zulieferungen in die Fabrik gelangen, werden sie innerhalb kürzester Zeit montiert oder eingebaut. Lagerkosten, Kapitalkosten und so weiter verringern sich dadurch, dass die Durchlaufgeschwindigkeit des Kapitals sich erhöht. Darin kommen grundlegende ökonomische Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck, die einen wichtigen Ausgangspunkt für die Rationalisierung der Arbeit innerhalb des Wirtschaftslebens bilden. Auf diese Art werden die Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, die Bestandteil der Produktionskette eines Erzeugnisses sind, schrittweise verfeinert. Ebenso wird die Arbeit in der Organisation der Unternehmen immer mehr integriert, auch wenn die Firmen über die Welt verstreut sind. Je mehr die Zusammenarbeit innerhalb einer Branche jene Reife erlangen kann, die einen natürlichen Organismus kennzeichnet, um so mehr kann auch die Weltwirtschaft im Laufe der Zeit eine solche Qualität bekommen. Dabei umfasst die Branche alle Glieder der Kette: vom Produzenten über Verteiler auf verschiedenen Ebenen bis zum Verbraucher des Endproduktes. Und wie bei einem natürlichen Organismus sind alle einzelnen Teile voneinander abhängig.

Das Wesen des Wirtschaftslebens besteht daher im Füreinander-Tätigsein. Es verlangt den Altruismus nicht aus ideologischen oder moralischen, sondern aus strikt ökonomischen Gründen, nämlich aufgrund des Strebens nach höherer Produktivität durch stärkere Spezialisierung und Zusammenarbeit.

Das Wirtschaftsleben als Profitmaschine

In der modernen Ökonomie spielen Investitionen eine entscheidende Rolle für die Entwicklung. Dies gilt ganz besonders, wenn in neue Techniken investiert wird - und in neue Unternehmen, in denen derartige neue Techniken gepflegt, weiterentwickelt und vermarktet werden. Man denke als Beispiel an die IT-Branche. Die Investitionen können auch der Bildung von Produktions- und Distributionskapazität dienen sowie verschiedenen Kommunikationsnetzen und neuartigen Maschinen. All das hat eine beschleunigende Wirkung auf die Wirtschaft.

Eine höhere Verkaufsrate von Produkten, die bereits hergestellt werden oder auf Lager liegen, ist für die Entwicklung nicht ausreichend. Der Verkauf kann den Gewinn einer Firma steigern, aber der Gewinn muss wiederum investiert werden, womit zur Erhöhung der Produktivität des Wirtschaftslebens beigetragen wird. Oberflächlich gesehen, mag es gut aussehen, wenn Gewinn und liquides Kapital einer Firma steigen, jedenfalls bei heute gängiger Betrachtungsweise. Aber eine alleinige Profitsteigerung führt nicht zu einem entspre-

chenden tatsächlichen volkswirtschaftlichen Zuwachs, auch wenn bei Banken die Liquidität stärker wird. Der Gewinn muss in produktive Methoden investiert werden. Der Zwang hierzu wird verstärkt durch immer stärkere globale „Konkurrenz der Standorte“.

Weil der Kapitalbedarf überall steigt, ist heute die Größe des Gewinns entscheidend für die Beurteilung eines Unternehmens und seines Wert. Jedes Unternehmen strebt selbstverständlich danach, so weit wie möglich Gewinn zu erwirtschaften, je mehr, desto besser. Um den Wert der Firma zu behaupten, bedarf es einer aktiven Vermarktung, die mit dem Kapital finanziert werden muss, das zur Verfügung steht. Das Ziel muss daher in einem optimalen Überschuss bestehen, damit diese Arten von Finanzierung bewältigt und, vor allem, die Besitzer zufriedengestellt werden können. Die Besitzer sind ja diejenigen, die ihr Geld als Risikokapital in unserer Kapital beanspruchenden und häufig riskanten Marktwirtschaft anlegen.

Das Streben nach optimalem Gewinn ist eine Haltung, die durch die Banken verstärkt wird. Sie legen größtes Gewicht auf die Gewinnkapazität eines Unternehmens sowie auf dessen Möglichkeiten, ausreichend eigenes Risikokapital für den Investitionsplan bereitzustellen, der bei einem Kreditantrag vorgelegt werden muss. In Risikobranchen verlangen die Banken höheres Eigenkapital bei der Kreditvergabe für eine Investition. Für Unternehmen, die von Banken für zu klein gehalten werden oder die auf einem unsicheren Markt agieren, kann es überhaupt schwierig sein, Geld für Entwicklungsinvestitionen zu leihen. Zuweilen können die Banken stattdessen die Kreditlinien unerwartet senken und damit den Verkauf des Unternehmens an solventere Besitzer erzwingen, zu denen diese Banken mehr Vertrauen haben. Es gibt daher zahlreiche Gründe für ein Unternehmen, eine starke Gewinnsteigerung anzustreben, mit deren Hilfe es sich sowohl gegenüber den Konkurrenten als auch gegenüber den Kapitalgebern und Banken behaupten kann.

Die größten Gewinner bei diesem Profitstreben sind vor allem die Aktionäre der börsennotierten Unternehmen. Sie können, ohne sich im Geringsten für ‚ihre‘ Firmen zu engagieren, durch schnelle Aktiengeschäfte unmittelbar ihre Kursgewinne kassieren. Je mehr ein Unternehmen zu einer verlässlichen Profitmaschine wird, desto sicherer werden die Kursgewinne - solange bei genügend Anlegern das Vertrauen für eine derartige Scheinwirklichkeit vorliegt. Sie können ja mit einer spekulativen Nachfrage nach Aktien den Kurs erhöhen. Die Aktiengesellschaftsgesetze geben den Anlegern volle Kontrolle über die Aktivitäten des Unternehmens auf dem ‚wirklichen‘ Markt, auf dem es agiert. Die Gesellschaften können von den Aktionären gekauft, verkauft, geteilt und in entlegene Kulturen und Erdteile exportiert werden, ganz wie es ihren gesetzlich festgelegten Rechten entspricht und ausschließlich im Hinblick auf eigene Interessen und Gewinne.

Um den Zugang zu risikotragendem Kapital für ihre Arbeit zu sichern, sind die Unternehmen des Wirtschaftslebens daher gezwungen, Gewinn für sich selbst anzustreben. Dies entspricht der Verantwortung der Eigentümer für Finanzen und Kapitalbestand

der Unternehmen. Diese tun dies in der Regel nicht, weil sie unmoralisch wären, sondern weil rechtliche Voraussetzungen und etablierte Sichtweisen, wie sie heute international vorherrschen, eine solche Haltung erfordern.

Allerdings bieten diese Sichtweisen auch einen Nährboden für moralisch relevantes Fehlverhalten, bis hin zur Korruption. Das beginnt mit Ansprüchen der Unternehmensleitung und des Vorstands, die auf überhöhte Vergütung, Dividende, Rentenansprüche, Gewinnanteile und so weiter hinauslaufen. Häufig wird auf diese Forderungen eingegangen, und dieses Phänomen ist mit der Zeit immer stärker geworden. Ein Beispiel für kriminelle Auswüchse ist das amerikanische Energieunternehmen Enron, in das Aktionäre vierzig Milliarden Dollar investiert hatten. Die Unternehmensleitung von Enron, die derlei ungerechtfertigte Forderungen gestellt hatte, wurde wegen systematischer Lügen über geschäftliche Erfolge und den Wert der Aktien zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Unsere Denkart - und wie sie die Wirtschaft prägt

Unser Denken, das eine solche Entwicklung ermöglicht hat und heute unsere Gesellschaft bestimmt, ist durch die Naturwissenschaft geprägt. Physik, Chemie usw. erforschen die tote Natur, beschreiben ihre Gesetzmäßigkeiten mit Hilfe der Mathematik und ermöglichen auf diese Weise immer neue technische Wunder. Die Wirtschaftswissenschaft, gerade indem sie dem Erkenntnisideal der Naturwissenschaft nacheifert, ist dagegen nur unzureichend in der Lage, selbst grobe Fehler im ökonomischen Handeln zu vermeiden, geschweige denn der lebendigen sozialen Wirklichkeit gerecht zu werden. Die Realität der Wirtschaft ist vom unternehmerischen Willen, der Risikobereitschaft und Initiative der Menschen sowie deren unmittelbaren Interessen und Anforderungen geprägt. Allerdings hat das Dogma der Wirtschaftswissenschaft, dass der sogenannte Homo oeconomicus allein vom Gewinnstreben angetrieben werde, unser Denken über die Wirtschaft stark beeinflusst. Maximalprofit, über bloße Rentabilität hinaus gilt als höchstes Ziel, ausschließlich Eigeninteressen zu verfolgen als eine Selbstverständlichkeit für ökonomisches Handeln.

In den letzten fünfhundert Jahren - also innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums der langen Menschheitsgeschichte - hat sich ein enormer Bewusstseinswandel in der Menschheit vollzogen: die Menschen sind wach, rational und selbstbewusst geworden. Naturwissenschaft, industrielle Technik und ihre wirtschaftliche Anwendung sind die Frucht dieser Entwicklung. Die moralischen und sozialen Verantwortungskräfte der Menschen sind mit der äußeren Naturbeherrschung zunächst nicht in genügendem Maße mitgewachsen. Das ist auch der Grund dafür, warum in einer Wirtschaft des objektiven Füreinander-Tätigseins der Egoismus eine so zentrale Rolle erlangen konnte.

Proportional zum Industrialismus wuchs im achtzehnten und vor allem im neunzehnten Jahrhundert der Bedarf an

Kapital, und es war nicht immer ganz einfach, Geldgeber zu finden, da viele Projekte sicherlich schwierig abzuschätzen waren. Es kam sogar vor, dass Unternehmer durch Strohmänner eingezahltes Aktienkapital als Gewinn verbuchten, um Anleger anzulocken. Daher wurde die Gesetzgebung für Aktiengesellschaften verschärft, man verlieh den Aktionären die entscheidende Macht, Vorstand und Direktor zu ernennen, die Buchführung zu überprüfen sowie sich eventuelle Gewinne auszahlen zu lassen. Es wurden die Grundregeln geschaffen, die größtenteils auch heute noch gültig sind.

Für die Mehrheit derjenigen Unternehmen, die relativ klein sind und sich entschlossen haben, eine Aktiengesellschaft zu bilden, sind diese gesetzlichen Regelungen auch fruchtbar. Häufig haben sie eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern; der Besitzer - mit oder ohne Teilhaber - ist die zentrale Persönlichkeit im Betrieb und trägt oft eine große persönliche Verantwortung für das Kapital, das in der Firma arbeitet. Diese Unternehmensform ist auch von größter Bedeutung für den Willen und das Vermögen des Unternehmers, die Geschäfte progressiv zu betreiben und zu entfalten. Sie sorgt für volle Kontrollmöglichkeiten des Unternehmers und seine Handlungsfähigkeit in allen geschäftlichen Fragen. Ganz anders sieht es bei großen Unternehmen aus, die in der Regel an der Börse notiert sind und bei denen der Löwenanteil des Umsatzes liegt. Die dominierenden Aktionäre und deren Vertreter haben selten ein unmittelbares Arbeitsverhältnis innerhalb der Firma. Unter den Aktionären befinden sich Kapitalanleger aus Fonds und Stiftungen, private Rentensparer, Konzerne, die auf Zuwachs durch Unternehmenskäufe aus sind, und viele Kleinanleger. Immer häufiger treten reine Finanzinvestoren auf, zu deren Geschäftsidee es gehört, sich mit großen Fonds zusammenzutun, um die Vorstände der Gesellschaften zu kontrollieren. Dann können sie dort, unter Berufung auf die Gesetze für Aktiengesellschaften, große Summen des Eigenkapital der Unternehmen an sich auszahlen lassen, das auf diese Weise zu liquiden Mitteln wird.

Diese Akteure auf dem Aktienmarkt verfügen häufig über eine begrenzte und schwache Beziehung zu den Firmen, deren Teilhaber sie sind. Sie können daher ihren Besitz rasch abstoßen, wenn sie meinen, dass das ihren eigenen Zielen angemessener ist. Aber die gesetzlichen Regelungen geben ihrem ursprünglichen Geist entsprechend auch dieser Form von Mehrheit volle Kontrolle und sämtliche Rechte hinsichtlich der Unternehmen: Wer will, kann nach eigenem Gutdünken verkaufen, zerstückeln, auslagern, obwohl das Verhältnis solcher Aktionäre zu den Tätigkeiten des Unternehmens, das sie besitzen, häufig eher abstrakt und von Unkenntnis geprägt ist.

Mitarbeiter, die sich voll und ganz für ihre Firma engagiert haben, können sich auf diese Weise von einem Tag auf den anderen auf der Straße wiederfinden. Sie müssen dann noch hören, dass ihre Kündigung nötig war, um den Aktionären jenen Gewinn versprechen zu können, ohne den das Unternehmen auf einem härteren Markt nicht konkurrieren könnte. Die Aktionäre wiederum berufen sich darauf, dass sie doch auch im Interesse der langfristigen Rentabilität des Unternehmens handelten.

Ideologie und Wirklichkeit

Wohin derartige Strukturen führen, zeigt sich an der extremen Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung von Wohlstand und Kapital. Aus einem häufig zitierten Jahresbericht der Vereinten Nationen zum internationalen Entwicklungsstand geht bereits 1998 hervor, dass die 358 reichsten Menschen der Welt so viel besitzen wie die 2,6 Milliarden ärmsten. Diese Reichen verfügen über ebenso viele wirtschaftliche Ressourcen wie 45 Prozent der Weltbevölkerung. Viele der Armen fragen sich nach den Gründen einer derartigen Entwicklung. Tiefe Enttäuschung wird hervorgerufen, je mehr die reiche Welt in die ärmsten Dörfer der bevölkerungsreichsten Länder vordringt, um mit Bildern heiterer Konsumenten bestimmte Waren intensiv zu vermarkten, etwa Erfrischungsgetränke. Darauf reagieren gerade junge Arbeitslose, die aus den Ghettos herauswollen, in denen sie hoffnungslos feststecken. So entsteht Protest und letztlich der Boden für den Terrorismus.

Die Situation ist erschütternd und sollte uns eine Warnung sein. Denn sie erinnert an das Bild des Sterbens, als die Planwirtschaft in der Sowjetunion zerfiel. Wie der Kapitalismus im Westen baute auch jenes Wirtschaftssystem auf den Besitz von Kapital. In der Sowjetunion befand sich dieser Besitz ganz in den Händen des Staates, der mit seiner Macht alle Initiativen steuern und kontrollieren konnte, die den Einsatz von Kapital erforderten. Der unerhört rigide Planhaushalt war integraler Bestandteil eines totalitären gesellschaftlichen Systems. Sowohl in der Gesellschaft als auch in der Wirtschaft wurde die schöpferische Rolle des Individuums unterdrückt, und zwar auf vollkommen wirklichkeitsfremde und vernichtende Art. Dies führte nicht nur zu unermesslichem Leid für die Menschen, sondern auch dazu, dass dieses staatskapitalistische System nach zweiundsiebzig Jahren nicht mehr funktionierte. Es konnte seine Schulden nicht mehr bezahlen und musste gleichsam Konkurs anmelden, was zur Auflösung der Sowjetunion führte.

Der Staatskapitalismus in der Sowjetunion basierte auf einer blinden Ideologie. Er baute kaum auf Betrachtungen der ökonomischen Wirklichkeit und handhabbaren wirtschaftlichen Begriffen auf, sondern auf einem starken politischen Willen, der formal von grundlegenden Gedanken bei Marx - etwa über das Verhältnis von Arbeit und Kapital - ausging. Marx beschreibt die machtttragende Rolle des Kapitals und entwickelt seine Theorie des Mehrwerts. Gemäß dieser Theorie entsteht der Gewinn nicht durch das Kapital, sondern ausschließlich durch die Leistung, die die Arbeiter hervorbringen, ohne allerdings dafür bezahlt zu werden. Daher müsse es stets zu einem Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital kommen. In der heutigen Wirtschaft wird dieses antagonistische Verhältnis durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften ausgeglichen, wobei aber immer noch die marxistische Interpretation des Verhältnisses von Kapital und Arbeit nachklingt.

Wir mögen uns heute über den marxistischen Dogmatismus ereifern. Aber wie weit sind wir in unserem Wirtschaftssystem eigentlich selbst frei von ideologischen

Grundlagen dieser Art? In unserer Rechtsordnung ist faktisch festgeschrieben, dass ein Wirtschaftsunternehmen völlig von außen durch die Eigner des Risikokapitals gesteuert werden muss, um effektiv genug zu sein. - Falls diese Steuerung einmal versagt, bleibt allenfalls der Eingriff des Staates, durch Politiker mit starken Ambitionen.

Damit wird die Möglichkeit, ein Wirtschaftssystem völlig auf die individuelle Kompetenz der in ihm tätigen Menschen zu stellen und jede Fremdbestimmung der Wirtschaft zu überwinden, negiert. Aber letzten Endes ist es doch der individuelle Mensch, der sowohl die Bedürfnisse hegt als auch die Arbeit leistet, sie zu befriedigen! Er erfüllt daher alle erforderlichen Voraussetzungen, um ökonomische Aufgaben auf sich zu nehmen und daran zu wachsen, auch - und gerade dann - wenn er nicht von Profitinteressen oder starkem politischem Ehrgeiz ausgeht.

Die heute vorherrschenden Rechtsformen für Unternehmen lassen sich historisch auf das römische Recht zurückverfolgen. Zu seiner Zeit bedeutete dieses Recht einen Durchbruch für die Rechte des Einzelnen, zumindest falls man Römer war und nicht unterworfenen Völkern und Kulturen angehörte, Sklave oder Frau war. Jedoch entspricht es nicht den Bedingungen der Moderne, insbesondere nicht den Bedingungen einer Fremdversorgungswirtschaft, in der Unternehmen immer schon eine Sozialangelegenheit darstellen und daher nicht als privater Vermögensgegenstand der Eigentümer betrachtet werden können. Die römisch-rechtliche Denkweise verleiht den Kapitalbesitzern vollständige Kontrolle und Macht über dieses Unternehmen. Bei einzelnen Unternehmern oder Gruppen von Besitzern, die bei vollem Risiko die Verantwortung für die Firma tragen, für die sie sich engagieren, ist dies auch vertretbar. Aber Aktien, die jedem zugänglich sind, der in erster Linie vom Gewinnstreben getrieben ist, werden in Zukunft immer größere Probleme verursachen. Das gilt nicht zuletzt für Aktien im Besitz von Organisationen, Fonds und vielleicht besonders reichen Finanzkapitalisten, aber auch von „kleinen Finanzkapitalisten“, das heißt gewöhnlichen Sparern. Solchen Besitzern geht es vor allem um Gewinnmöglichkeiten, aber auch um Machtpositionen und die damit verbundenen Regelungen. Es handelt sich dabei normalerweise nicht um Menschen mit Verantwortungsgefühl für die Unternehmen, an denen sie beteiligt sind. Gerade ein solches Verantwortungsgefühl erfordert indessen das wirkliche Wirtschaftsleben. Das Argument, dass diese Macht der Kapitaleigner ohne Alternative und quasi naturgegeben sei, entlarvt sich selbst als Ideologie, die sich überlebt hat und eine Bedrohung des schöpferischen Lebens für die kommenden Generationen darstellt.

Neue Strukturen: Kreditgarantien als Risikokapital

Die Krise der Weltwirtschaft zeigt, dass ein neuer Entwicklungsschritt notwendig ist. Wir müssen uns von machtpolitischen Ideologien lösen und lernen, pragmatisch auf die Wirklichkeit des wirtschaftlichen Lebens zu schauen.

Die entscheidende Frage, die wir uns hier stellen, lautet, ob unsere vitale Wirtschaft ihren Bedarf an Risikokapital tatsächlich noch immer nach denselben Grundsätzen wie im neunzehnten Jahrhundert mit Hilfe externer Aktionäre decken muss. Nach wie vor sind Gewinn und Kapitalzuwachs eines Unternehmens ganz und gar Eigentum der Aktionäre, die darüber ohne entscheidenden Einfluss durch andere Mitarbeiter verfügen können. In der Pionierphase des Industrialismus mag das eine berechtigte Struktur gewesen sein. Heute aber ist diese Struktur nicht mehr effektiv und sachgerecht.

Es gibt andere Ansätze, die ihren Ausgangspunkt von unten nehmen, von den individuellen Begabungen, die im Wirtschaftsleben durch die Mitarbeiter, Berater, Verbraucher oder Lieferanten wirksam sind. An dieser Stelle wollen wir eine Methode untersuchen, bei der Kreditgarantien als risikotragendes Kapital dieselbe wichtige Funktion haben wie Aktienkapital. Gleichzeitig bekommen dabei Banken und andere Kreditgeber vollständige Sicherheit für die Darlehen, die sie bewilligen. Diese Methode sollte sich in offener Konkurrenz zu anderen Systemen der Risikofinanzierung entfalten können, die heute angewandt werden, vor allem dem System des Aktienkapitals. Welcher formalen und juristischen Voraussetzungen bedürfen Kreditgarantien, um ihre Aufgabe erfüllen zu können?

Der Zweck von Kreditgarantien - eine gängige Form sind Bürgschaften - besteht darin, Kreditgebern, also in der Regel Banken, garantieren zu können, dass sie ihr Darlehen zurückbekommen. Die Garantie kann komplett sein, das heißt zusammen mit anderen Kreditgarantien die gesamte Kreditsumme umfassen. Sie kann auch auf einen bestimmten vereinbarten Betrag begrenzt sein. Die Kreditgarantie enthält klare Regeln für den Fall, dass die Rückzahlung ausbleibt, und unter welchen Umständen einem Schuldner auferlegt werden kann, seine Schulden zu begleichen. Es handelt sich also um ein klares, leicht verständliches System.

Die Frage lautet: Können solche Kreditgarantien eine Unternehmensfinanzierung über Aktienemission ersetzen, können Unternehmen sich mit ihrer Hilfe mit dem nötigen Risikokapital versorgen und damit die Fremdbestimmung durch Kapitaleigner - und den Staat - vermeiden? Anders gefragt: Ist ein risikofinanzielles System möglich, das vom Wirtschaftsleben selbst finanziert wird?

Bei der hier gemeinten Form der Kreditgarantie - der historisch das dänische Beispiel zugrundeliegt - handelt es sich nicht schlicht um eine Bürgschaft. Bei Bürgschaften hat man es gewöhnlich nicht mit Solidareffekten, sondern mit einer extremen Individualisierung des Risikos zu tun. Der Satz „den Bürgen sollst Du würgen“ ist sprichwörtlich. Hier hingegen geht es um eine Art ‚Kreditgarantieverbund‘, in dem Verbraucher und Unternehmer einer Branche bei der Risikokapitalfinanzierung zusammenarbeiten. Die Kreditgarantie wird nicht, wie das Aktienkapital, einem einzelnen Unternehmen zur Verfügung gestellt, sondern der Assoziation der entsprechenden Branche, in der im dänischen Beispiel Genossenschaften kooperieren.

Ein Vorteil von Kreditgarantien gegenüber der Finanzierung durch Aktienemission liegt auf der Hand: Die Kreditgarantie muss nicht bar eingezahlt werden und stellt dennoch Eigenkapital des Unternehmens dar. Durch die Kreditgarantie verpflichtet sich der Garantiegeber hingegen lediglich zur Zahlung im Bedarfsfall, wenn Probleme entstehen sollten, die einen Kapitalzuschuss erforderlich machen. Hingegen muss Aktienkapital stets formal eingezahlt sein, um rechtlich als Kapital der Firma betrachtet zu werden.

Kreditgarantien dieser Art erfordern und ermöglichen zunächst Rücksprachen, eine Verständigung zwischen denen, die sie geben. Dadurch ergibt sich ein besserer Überblick über den Bedarf an Risikokapital für wichtige Investitionen in einer Branche, was das Risiko als solches wiederum vermindert und dadurch die Sicherheit von Investitionen erhöht.

Die Kreditgarantie enthält auf diese Weise ein Element der Besinnung. Ihr Zweck besteht darin, dass sie im Hintergrund vorhanden ist und nie ausbezahlt werden muss. Im Gegensatz zu Aktien lädt sie keineswegs zu Spekulation ein. Vielmehr legt sie nahe, im Lauf der Arbeit den Stand der Investitionen sachlich zu begleiten, während sich das Unternehmen mit seinen Partnern bespricht. Die aufmerksame Begleitung von Projekten durch die Kreditgaranten kann bei der Lösung vieler konkreter Probleme helfen.

Alle Mitglieder der Assoziation können risikofinanzielle Unterstützung in Form von Kreditgarantien beantragen, um Darlehen für Investitionsprojekte aufzunehmen, die für die ganze Branche von Interesse sind. Dabei kann es sich um Investitionen handeln, die die Kompetenz einer Firma verbreitern und dadurch den potenziellen Markt für kooperierende Unternehmensgruppen erweitern. Oder es kann sich um Investitionen handeln, die dazu führen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken - z.B. durch Kostensenkungen. Der Projektantrag wird daher analysiert, und die Branchenassoziation kann durch ihre Kontakte zwischen den Unternehmen und dank der Kompetenz der beteiligten Unternehmer ein allseitiges Bild der Nachfrage und der vorhersehbaren Risiken gewinnen. Auf der Grundlage dieser Information können die Entscheidungsgremien der Assoziation dann beschließen, sich für das Projekt zu engagieren, indem für die erforderlichen Bankdarlehen eine risikotragende Kreditgarantie erteilt wird. Die Assoziation ist dazu in der Lage, weil sie ihrerseits Kreditgarantien von ihren Mitgliedern - Konsumenten, Händlern und Produzenten - erhalten hat. Deren Garantien sind in den jeweiligen Organisationen behandelt worden. Zusammen entschließt man sich nun zum finanziellen Engagement, dessen Risiken man gemeinsam trägt, unterstützt von dem Risikokapital, über das die Unternehmen bereits verfügen.

Hierin besteht die eigentliche und vertrauenerweckende Bedeutung der Kreditgarantien, die der Bank durch die Branchenassoziationen gegeben werden. Für Banken, die ein Darlehen geben, geht es nicht nur darum, dass die Garantien durch ausreichende Substanz gedeckt sind. Mindestens ebenso wichtig sind Rücksprache und Zusammenarbeit der Assoziationsmitglieder in Bezug auf die gemeinsam finanzierten Investitionen, die durch die Kreditgarantien ermöglicht wurden.

Neue Energiekultur und Energiegenossenschaften

(Aus der Einladung zu einer Tagung am 26. Juni 2009 im Seeparkhotel Kirchheim, mit Vortrag von EUROSOLAR-Präsident Dr. Hermann Scheer)

Bei der Auseinandersetzung um eine nachhaltige Energieversorgung wird der Blick seit Jahren zu sehr auf Fragen der Ressourcen und der Technik gerichtet. Um neue energiewirtschaftliche Konzepte dauerhaft zu verwirklichen, kommt sozialen Aspekten wie Eigentums-, Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen aber mindestens eine ebenso große Bedeutung zu. Bürgerengagement, Verbraucherbewusstsein und Konsumverhalten sind hierfür wichtige Schlagworte.

Nur sehr selten werden für solche weichen Aspekte, die dafür erforderlichen stabilitätsschaffenden, rechtliche Strukturen ermöglicht. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Diskussion über mitgliederorientierte bzw. nutzerorientierte Lösungen für eine umweltverantwortliche Energiewirtschaft in den meisten Fällen ausgeklammert bleiben, manchmal sogar bewusst diffamiert werden.

Trotzdem kommt es gegenwärtig zu einer immer größeren Zahl genossenschaftlicher Lösungen im Energiesektor mit weiter wachsender Tendenz. Solche Lösungen einer breiteren Öffentlichkeit, vor allem umweltverantwortlichen Energieverbrauchern bekannt zu machen, ist Ziel der Tagung Energiegenossenschaften. Eigeninitiativen der Verbraucher, die auf verantwortungsvolle genossenschaftliche Lösungen zurückgreifen, sollen auf diese Weise gestärkt werden. Gleichzeitig geht es auch darum, Entscheidungsträger in Verwaltung und Politik, die oft einfache, kapitalgeprägte Lösungen bevorzugen, für genossenschaftliche Lösungen zu sensibilisieren.

Genossenschaften stehen für Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Der genossenschaftliche Förderauftrag erfordert gesetzlich eine stringente Umsetzung des Mitgliederwillen und -Nutzens. Gelingt es, Verbraucher und Politik für solche Ansätze verstärkt zu interessieren, ist das Anliegen der Tagung erreicht. Dabei steht der Ansatz des Wettbewerbs Bioenergie-Regionen und die Bildung von Energiegenossenschaften sowie Energieeffizienz in Unternehmen im Mittelpunkt:

1. Die 210 Teilnehmer der Bioenergie-Regionen haben mit ihren Konzepten gezeigt, wie man beispielhaft die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe voranbringen kann. Energie aus der Region für die Region ist das Grundkonzept“, sagte die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner anlässlich der Juryentscheidung in Berlin. „Mit dem Anstoß für nachhaltige Bioenergie-Strukturen wird der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe unterstützt.“ 2. Energiegenossenschaft in Form von Solargenossenschaften, Energiegenossenschaften und Energieverbrauchergenossenschaften, die das Beteiligungsinteresse finanziell weniger potenter Investoren für dezentrale bürgerschaftliche Lösungen wecken und die integrierte Lösungen in Richtung eigenständiger Energieversorgung und die gleichzeitige Einbindung von Energieerzeugern und -verbrauchern in die Verantwortungsstrukturen praktizieren sowie vor allem auf mehr Beteiligung und Verantwortungsübernahme der Konsumenten setzen. 3. Unternehmen können ihre Wettbewerbsfähigkeit durch effektive Geschäfts- und Fertigungsprozesse erhöhen, dazu bietet ein Energiekompetenznetzwerk Schulung, Beratung und Lösungen.

Diese energiegenossenschaftlichen Ansätze können als ideale Organisationsformen bei der Umsetzung von integrierten Energiekonzepten angesehen werden, da die hohen Identifikationspotenziale der Mitglieder mit Verantwortung für die Umwelt und Energieversorgung verbunden werden.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung unter: www.neue-energiekultur.de

Kreditgarantieverbände

Interessanterweise gibt es diese Art risikofinanzieller Zusammenarbeit, die auf Kreditgarantien fußt, bereits seit geraumer Zeit auch in anderen Ländern. Sie betrifft dort vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen, beinhaltet allerdings keine Zusammenarbeit mit Konsumenten. Aber diese und ähnliche Arbeitsformen kommen in siebzehn Ländern vor, darunter in den USA und Japan. 1992 wurde in Brüssel eine gemeinsame Organisation mit dem Namen AECM gegründet: Association Européenne du Cautionnement Mutuel (www.aecm.be).

Diese Organisation geht auf einen Verbund zurück, der bereits 1842 gegründet worden war. Danach verbreitete sich die Idee langsam. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie in Norditalien und Frankreich entschieden aktiviert. Heute gewinnt sie in starkem Maß Aufmerksamkeit und Interesse bei kleinen und mittelgroßen Firmen; in der EU gibt es Bestrebungen, die Entwicklung dieser Kategorie von Unternehmen zu unterstützen.

In Schweden existiert eine derartige Arbeit seit 1999, und nach einigen Jahren wurde eine gemeinsame Organisation gegründet: SKGF, Sveriges Kreditgarantiförening (www.kgf.se). Sie verfügt heute über fast zwanzig regionale Kreditgarantieverbände, deren Aktivität immer stärker wird. Auf der Website des SKGF wird darauf hingewiesen, dass es für kleine und mittelgroße Firmen immer schwieriger wird, Bankdarlehen für ihre Arbeit und ihre Investitionen zu erhalten. Rationalisierungsmaßnahmen und die Bündelung von Arbeitsprozessen bei Banken führen für viele Unternehmen, vor allem solchen in entlegenen Regionen, zu wachsenden Problemen. In angemessener Nähe gibt es keine Banken, und die wenigen Filialen, die noch vorhanden sind, dürfen ohne Genehmigung zentraler Instanzen keine größeren Kredite vergeben. Dadurch gerade sind aber die Firmen auf das Potenzial aufmerksam geworden, das eine aktive Zusammenarbeit wie diejenige des SKGF für Unternehmen innerhalb einer Branche oder einer Region bedeutet.

Der SKGF betont, dass die Zusammenarbeit bei der Abdeckung finanziellen Risiken lediglich eine Seite ihrer Tätigkeit darstellt. Die Kontakte, die die Mitglieder innerhalb der regionalen Kreditgarantieverbände bekommen, sind für sie von großer Bedeutung. Sie können zur gegenseitigen Beratung und zur Zusammenarbeit bei der Herstellung komplizierter Produkte oder bei Exportfragen führen. Wenn eine solche Zusammenarbeit gedeiht, ergeben sich auch Möglichkeiten für den SKGF, einzelne Mitglieder finanziell zu unterstützen, die für eine strategische Investition risikofinanzielle Hilfe bei einem Kredit beantragen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kreditgarantieverbände werden allerdings durch einige entscheidende Begrenzungen gehemmt. Durch die Arbeit mit Kreditgarantien ist der SKGF dem schwedischen Bankgesetz unterworfen. Gemäß diesem Gesetz dürfen Kreditgarantien lediglich bis zu sechzig Prozent des beantragten Darlehens oder bis zu einer Höhe von neunhunderttausend Kronen ausgestellt werden. Eine solche Summe kann zuweilen viel zu gering für ein expansives Unternehmen sein, das den Einfluss der Weltwirtschaft auf den schwedischen oder internationalen Markt aufmerksam verfolgt. Die Entwicklung der globalen Ökonomie hat bei vielen Unternehmen einen höheren Investitionsbedarf erzeugt; man benötigt größere Darlehen und entsprechend höheren Einsatz von eigenem Risikokapital. Daher reichen die gesetzlich zugelassenen Risikogarantien für viele Firmen nicht aus, vor allem dann nicht, wenn es um strategisch wichtige Investitionsentscheidungen geht. In Zukunft wird sich daher der Druck verstärken, diese Einschränkungen zu lockern.

Die Begrenzungen sind in erster Linie eine Widerspiegelung der hohen Sicherheit, die das Bankgesetz von den Banken fordert. Die Strenge der Regeln ist der Tatsache angepasst, dass die Banken vor allem mit Einlagen arbeiten, häufig also mit dem Sparkapital aus der Bevölkerung. Als gewöhnliche Einzahler müssen wir natürlich größtes Vertrauen dafür haben können, dass die Banken unser Sparkapital sicher verwalten. Daher sind die strengen Regeln aus der Perspektive der Banken sachlich begründet.

Ganz anders nimmt es sich aus der Perspektive der Kreditgarantieverbände aus. Sie arbeiten nur mit Risikokapital, das die Bilanzen der Mitgliedsfirmen zulassen und das zur gegenseitigen Unterstützung gedacht ist. Die lobenswerten Bestrebungen des Bankgesetzes, uns Sparer zu schützen, haben also keine Gültigkeit für die progressive und völlig risikobewusste Arbeitsweise der Kreditgarantieverbände. Daher wäre es wünschenswert, wenn die Gesetzgeber darauf vertrauten, dass die Verbände und ihre Mitglieder selbst beurteilen können, in welcher Weise sie ihr Risikokapital in geschäftlich bedeutungsvollen Projekten am besten zum Einsatz bringen.

Betrachten wir nun zunächst die Erfahrungen genauer, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang im großen Maßstab in Dänemark gemacht wurden, wo risikofinanzielle Formen der Zusammenarbeit in der Konsumgüterbranche und der Energiewirtschaft ausprobiert wurden. Wir beginnen dabei mit einer Darstellung der Elektrizitätsversorgung.

Wie assoziative Strukturen in der dänischen Elektrizitätsbranche entstanden

Wolfram Schweppenhäusers bereits zitierte Abhandlung beschreibt die Elektrizitätsbranche in Südjtland an der Grenze zu Deutschland. Er untersucht, wie die ideologischen Unterschiede zwischen privater und staatlicher beziehungsweise kommunaler Wirtschaft zum Ausdruck kommen - sowohl hinsichtlich der Arbeitsformen als bei der Produktivität und Rentabilität. Die Arbeit enthält außerdem umfangreiche und detaillierte Studien über die

Elektrizitätsversorgung in Deutschland und Dänemark, deren Ergebnisse dann mit neun europäischen Ländern und den USA verglichen werden. Darüberhinaus wird die gesamte dänische Genossenschaftsbewegung in die Darstellung einbezogen. Denn die Elektrizitätswirtschaft war ein integrierter Teil dieser Bewegung.

Die kommunalen Elektrizitätsgesellschaften befanden sich in Südjtland vor allem in den fünf größeren Städten. Schweppenhäuser vergleicht diese Gesellschaften mit den Genossenschaften, die sich in den ländlichen Gebieten entfalten. Dort arbeitete man mit Kreditgarantien der Teilhaber der Genossenschaften, zum Beispiel von Immobilienbesitzer- und Verbraucherverbänden - diese bildeten sich im Zusammenhang mit der Kreditgarantiebewegung - sowie Stromversorgungsunternehmen, die Kabel verlegten. Diese Teilhaber beratschlagten miteinander, welche Investitionen sie mit ihren Kreditgarantien finanzieren wollten. Dadurch waren die Banken abgesichert, wenn sie ihre Darlehen gaben, die für die häufig umfangreichen Investitionen erforderlich waren. Als die Branche während vieler Jahre anwuchs, wurde in Kraftwerke, Umschaltzentralen, Stromnetze, Zähler und anderes investiert.

Zur Zeit der allmählichen Entwicklung der Elektrizitätsbranche Ende des neunzehnten Jahrhunderts wohnte der größte Teil der skandinavischen Bevölkerung noch auf dem Lande. Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, Tischlerei, Schmieden und Ähnliches ermöglichten den Menschen dort eine weitgehende Selbstversorgung. Im Lauf der Jahrhunderte hatte sich eine ansehnliche Fähigkeit entfaltet, gemeinsame Projekte durchzuführen: Bau von Mühlen, Kirchen, Brücken, Wegen und so weiter. Diese Entwicklung ist bis ins Mittelalter zurückzuverfolgen, als noch fast die gesamte Bevölkerung auf dem Lande lebte. Damals ergingen in Schweden Erlasse vom König, die vorschrieben, wie so etwas zu geschehen hatte und wie die Arbeit verteilt werden sollte. So musste etwa der Name des Verantwortlichen für den Erhalt der Planken einer Brücke direkt am Objekt ersichtlich sein. Auf diese Weise wurde die Erhaltung der Brücke und die Kontrolle an diejenigen delegiert, die sie benutzten. Auf Grund der großen Entfernungen, mit denen man es in den skandinavischen Ländern häufig zu tun hat, und weil die Bauern bis zu gewissen Grenzen selbstständig waren, war die lokale Selbstverwaltung ein normaler Bestandteil der dortigen Kultur.

Als die Vorteile der Elektrizität immer deutlicher wurden, ergriff auch die lokale Bevölkerung Initiativen zum Ausbau der Stromversorgung auf dem Lande. Zu diesem Zeitpunkt hatte man auf verschiedenen Gebieten bereits gute Erfahrungen mit Zusammenarbeitsprojekten gemacht. Daraus war eine einheitliche Betrachtungsweise hinsichtlich der rechtlichen Form erwachsen, die den Genossenschaften zugrunde lag. Die Fundamente dieser Haltung spiegelten die erwähnten Selbstverwaltungsstrukturen wider. In seiner Dissertation stellt Schweppenhäuser die Gesichtspunkte zusammen, die unter anderem für die Genossenschaften in Südjtland galten: Die beteiligten Firmen sollten von den Mitgliedern, nicht von Behörden oder Geldgebern geführt werden. - Sie sollten jeden aufnehmen, der sich um Mitgliedschaft bewarb. - Alle Mitglieder sollten, unab-

hängig von der jeweiligen Einlage, dasselbe Stimmrecht haben. - Der Preis sollte so niedrig wie möglich und außerdem einheitlich sein.

Das war Ausdruck der bewussten Absicht, Gewinne aus der Tätigkeit direkt den Kunden - oft also den Mitgliedern selbst - zuteil werden zu lassen, und zwar in Form von niedrigen Preisen. Die Gewinne sollten nicht in den Genossenschaften verbucht und dann, je nach Größe des Kapitaleinsatzes, an die Teilhaber ausgezahlt werden. Gemeinsames Interesse war ein ständiger Zuwachs der Nachfrage. Neben konkurrenzfähigen Preisen erforderte das die verlässliche Fähigkeit, liefern zu können, wenn die Nachfrage stieg. Daher kam es für Vereinigungen der Molkereien, Schlachtereien, Mühlen und anderen darauf an, sich um ihre zahlreichen Kleinproduzenten zu kümmern. Diese Produzenten hatten nicht immer gute finanzielle Voraussetzungen, waren aber wichtig, um die Lieferkapazität zu erreichen, die allen einen gesteigerten Verkauf verschiedener Landwirtschaftsprodukte ermöglichte.

Schweppenhäuser schreibt in diesem Zusammenhang: „Die genossenschaftliche Vereinigung kann nicht aufbauen auf der Grundlage eines Anlage und Verzinsung suchenden Kapitals. Sie muss im Gegenteil als eine Form der Selbsthilfe auf ganz anderen Grundlagen aufbauen, um - häufig genug als Gegenbewegung der wirtschaftlich Schwächeren - im Konkurrenzkampf bestehen zu können und auch für ihre Kreise die Vorteile der wirtschaftlich Stärkeren zu erreichen.“*

Schweppenhäuser betont aber auch, dass nicht in erster Linie der niedrige Preis entscheidend war, sondern die anregenden Kontakte und die Zusammenarbeit innerhalb der Vereinigungen: „Ihr hilft nur die dauernde und persönliche Verbindung, die ständige Fühlungnahme mit ihren Mitgliedern. Sie ist da zu dem einem Zweck, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern und ihre Wirtschaft zu fördern. In diesem Sinne kann die Genossenschaft als gemeinsamer Geschäftsbetrieb aller, als die Organisation der Beteiligten zu deren eigener Förderung nicht auf Gewinne abzielen. Das bildet den grundsätzlichen Gegensatz zu den Kapitalgesellschaften.“**

Hinsichtlich der Elektrifizierung berichtet Schweppenhäuser, dass die Landbevölkerung innerhalb der Region in eigener Initiative fünf Verteilungsgenossenschaften bildete, die nach den oben beschriebenen Grundsätzen funktionierten. In den größeren Städten wurden hingegen fünf kommunale Gesellschaften zur Verteilung der Elektrizität gegründet, die vollständig durch Gremien der Kommune geleitet wurden. Da die Kommunalpolitiker durch freie Wahlen legitimiert waren, war es auch möglich, den Anschluss an das Netz für alle verbindlich zu machen - ein Verfahren, das privaten Elektrizitätsfirmen nicht möglich gewesen wäre. Zu Beginn der 1950er Jahre versorgten die fünf zuerst genannten Verteilungsgenossenschaften 140.000 Verbraucher mit Strom. Die fünf kommunalen Gesellschaften versorgten zur gleichen Zeit 60.000 Konsumenten. Sämtliche Verteiler bekamen ihre Elektrizität von einem großen Kohlekraftwerk in der Gegend,

das von einer Produktionsgenossenschaft betrieben wurde. Die Teilhaber dieser Kooperative waren alle zehn Gesellschaften: Auch die kommunalen Firmen hatten sich ihr nachträglich angeschlossen, um ihre Kosten zu verringern.

Hier zeigt sich das Spannungsverhältnis zwischen privaten und kommunalen beziehungsweise staatlichen Unternehmen der wachsenden Elektrizitätsbranche. Schweppenhäuser vergleicht über Jahre hinweg die Preise, die Stromkunden deutscher Elektrizitätswerke zahlen mussten, mit denjenigen der dänischen Verteilungsgesellschaften. Die dänischen Preise betragen weniger als die Hälfte der deutschen. Dieser Unterschied spiegelt vor allem die Preispolitik der deutschen Gesellschaften wider, deren Gewinne kommunale Initiativen auf ganz anderen Gebieten finanzieren sollten. Der Vergleich zwischen den verschiedenen Gesellschaftsformen in Dänemark ergab ein ähnliches Bild. Während die Genossenschaften 1952 bis 1953 einen Preis von etwa vierzehn Öre pro Kilowattstunde hatten, lag der Preis der kommunalen Gesellschaften bei zwanzig Öre: Die Konsumenten mussten hier also nahezu fünfzig Prozent mehr bezahlen. Schweppenhäuser erklärt diesen Unterschied nicht nur mit dem angestrebten Gewinn, sondern auch mit der Politik, die betrieben wurde, um eigenes Kapital aufzubauen und zu verwalten. Eine solche Politik erforderte bei den kommunalen Gesellschaften eine kostenintensive Organisation, die bei den Kooperativen nicht notwendig war. Dort handelte es sich ja darum, jede Form von Überschuss als niedrigen Strompreis direkt an die Kunden weiterzuleiten.

Die Rolle der Kreditgarantien für die Genossenschaften der Elektrizitätsbranche

Kreditgarantien spielten für die ländlichen Genossenschaften in Südjütland eine entscheidende Rolle als Methode der Ausstattung mit Risikokapital. Den Teilhabern, die häufig Bauern waren, erschien die Elektrizität wichtig für ihre Tätigkeit. Daher fanden sie es selbstverständlich, dass die Stromversorgung allmählich eine größere Bedeutung bekommen musste. Zunächst galt es, Transformatorstationen zu bauen und Stromleitungen zu den Höfen der Teilhaber zu verlegen. Zu diesem Zweck gründeten sie Verteilungsgenossenschaften zur Stromlieferung. Den jeweiligen Anschluss am Hof sollten die Verbraucher selbst besorgen.

Die Investitionen der Genossenschaften wurden durch Bankdarlehen finanziert, nicht aber durch die Genossen selbst. Die Teilhaber gaben ihren Genossenschaften stattdessen Kreditgarantien, die zur Finanzierung umfangreicher Investitionen wie etwa für Stromleitungen benutzt wurden. Die Gesellschaften konnten auch einem einzelnen Teilhaber bei Krediten für dessen eigene Investitionen, etwa für einen Stromzähler, helfen. Solche Darlehen waren besonders günstig, wenn man eine solidarische Bürgschaft gewährte. „Alle für einen, einer für alle“ lautete das Prinzip, das in der Genossenschaftsbewegung lebendig war. Da die Beteiligten die geschäftlichen Risiken bei Kreditgarantien für gering hielten, während gängige Kreditbedingungen konkrete und regelmäßige Zahlungen bedeuteten hätten,

* A. a. O., S. 82

** Ibd.,

gewährten viele von ihnen solidarische Kreditgarantien ohne Haftungsbeschränkungen.

Die Banken beurteilten die Sicherheit bei derartigen Kreditgarantien als sehr hoch. Einesteils verfügten die Teilhaber häufig über große Substanzwerte in Form von landwirtschaftlichem Grundbesitz, andernteils kam der Gewinn den Kunden selbst zugute, nicht den Genossenschaften. Daher hatten die letzteren auch kein eigenes Kapital, das in den gemeinsamen Investitionshaushalt einfluss. Aufgrund der Sicherheit bei den Kreditgarantien der Teilhaber liehen die Banken jedoch den gesamten Kapitalbedarf für Investitionen aus. Die Genossenschaften konnten demnach bei null Prozent „normalem“ Eigenkapital gegen Kreditgarantien hundert Prozent des benötigten Kapitals für Investitionen von den Banken leihen.

Die staatliche Politik in Bezug auf Verteilungsgenossenschaften

Die beschriebene Rechtstradition in Dänemark, auf der die Kreditgarantien fußen, ist zweifellos bemerkenswert. Sie ging von der Konstitution der Genossenschaften aus, in der die Art des Engagements der Teilhaber festgelegt war. Deren höchste Instanz war die Generalversammlung der beteiligten Anteilsgesellschaften. Die „Abgeordneten“ in der Elektrizitätsbranche waren gewählte Vertreter aus dem Umkreis der einzelnen Transformatorstationen. In der Regel repräsentierte ein Abgeordneter fünfzig Teilhaber, doch durfte jede Station nur durch höchstens drei Delegierte vertreten sein. Diese Einschränkung war, wie Schweppenhäuser beschreibt, notwendig, damit sich alle Vertreter in einem Raum versammeln konnten und dadurch die Übersichtlichkeit gewahrt blieb. Vermutlich trug diese Regelung auch dazu bei, gemeinsame Beschlüsse einfacher herbeizuführen.

Es gab jedoch kein Gesetz in Dänemark, das spezifisch die Genossenschaftsbewegung und deren Firmen betraf. Die Bewegung baute ganz auf eigenverantwortete Initiativen einzelner Menschen. Zwischen den Teilhabern herrschte völlige Vertragsfreiheit, aber es wurden gemeinsame Statuten für das Genossenschaftsunternehmen ausgearbeitet, die dem gemeinsamen Streben der Branche entsprachen. Die Politik bzw. der Gesetzgeber sollte so weit wie möglich fern gehalten werden. Die genossenschaftlichen Unternehmen wurden als Instrument der Tätigkeit der einzelnen Teilhaber betrachtet. Das ging soweit, dass die Genossenschaften rechtlich nicht haftbar waren für Fehler oder Mängel bei Lieferungen und Dienstleistungen ihrer Teilhaber, wie es sonst bei Lieferanten der Fall war. Die Haftung bei falschen Lieferungen lag bei den Teilhabern selbst, die juristisch als persönlich haftende Inhaber betrachtet wurden, nicht bei deren Unternehmen. Sie waren auch nicht Mitglieder eines gewöhnlichen Wirtschaftsverbands, der, wie man das in Schweden kennt, eine selbstständige juristische Einheit darstellt und selbstständige Finanzen aufbauen muss. In den Genossenschaften trafen die Mitglieder gemeinsame Entscheidungen bei Jahres- und Generalversammlungen, etwa hinsichtlich der Preise, die für den Elektrizitätsverband im kommenden Geschäftsjahr gelten sollten. Praktische Fragen wurden von

Aufsichtsrat, Direktion und Vorstand abgehandelt, etwa so wie es die Abteilung eines Unternehmens unter der Verantwortung der Firmenleitung tut. So etwas geschah auch in den einzelnen beteiligten Anteilsgesellschaften, allerdings unter der direkten geschäftlichen Verantwortung der vielen Inhaber.

Diese Rechtspraxis gegenüber den Genossenschaften war Ausdruck des Respekts vor dem objektiven Beobachtungs- und Urteilsvermögen einzelner Unternehmer. Schweppenhäuser, der als Deutscher viele Besuche bei den dänischen Genossenschaften gemacht hat, unterstreicht die Sachlichkeit und Immunität gegen politischen Ehrgeiz bei den Beteiligten. Entsprechend respektvoll verhielt sich die Politik gegenüber den Genossenschaften. Der Staat hielt sich mit Regelungen sehr zurück. Hinsichtlich der Elektrizitätswirtschaft beschränkte er sich auf gewisse rein technische Sicherheitsvorschriften, während Entscheidungen über Verteilung und Produktion von Strom ganz der Branche und deren Organen überlassen wurden. Diese Vorgehensweise wich grundsätzlich von derjenigen ab, die sich etwa in Schweden entwickelt hatte.

Auch in Schweden spielte die Initiative verschiedener ländlicher Zusammenschlüsse für die Elektrizitätsversorgung eine wichtige Rolle. Dies machte sich vor allem während des Zweiten Weltkriegs bemerkbar: die Zahl solcher Organisationen wuchs bis 1945 auf 2400, um sich danach stark zu verringern. Wegen der Blockade von Öl- und Kohleimporten während des Krieges brauchte die schwedische Volkswirtschaft diese Initiativen, die daher vom Staat und den großen Elektrizitätsgesellschaften kräftig unterstützt wurden. Viele Stromverbände bauten eigene Wasserkraftwerke und ein Stromnetz, das große Teile der bewohnten ländlichen Regionen abdeckte. Aber als nach dem Krieg die Versorgungsprobleme ein Ende hatten, interessierten sich der schwedische Staat und die Stromindustrie nicht mehr für diese kleinen Zusammenschlüsse. Dabei hatten sie lediglich geringe Kosten verursacht und als Interessenverbände auf kompetente und wirtschaftlich kontrollierte Weise sowohl Wasserkraftwerke als auch ein umfangreiches Stromnetz bauen können. Nach langer Bedenkzeit, die sich bis in die 1950er Jahre erstreckte, schlugen die Politiker vor, an Stelle der vielen kleinen Initiativen interkommunale Großunternehmen zu schaffen, die die gesamte Stromverteilung dirigieren sollten.

Hier zeigt sich dasselbe Problem, dass beim Ausbau der kommunalen Gesellschaften in Südjütland zu Politisierung und Verteuerung geführt hatte. Die technische Entwicklung der Kernenergie und der starke Anstieg des Bedarfs an Investitionskapital, die spätere Jahrzehnte geprägt haben, war Wasser auf die Mühlen verschiedener Regierungen bei dieser Politik. Heutzutage befasst sich die EU mit diesen Fragen. Dort ist man über die enorme Erhöhung der Strompreise und die unangemessenen Gewinne der großen staatlichen und privaten Elektrizitätsunternehmen und ihrer Direktionen beunruhigt. Man debattiert die Frage, wie man dem beikommen kann, sieht sich dabei aber weitgehend machtlos. Deshalb strebt man eine gemeinsame Elektrizitätspolitik aller EU-Länder an. Das läuft aber dann wieder auf eine politische Steuerung der Stromversorgung hinaus. In Schweden hat man jedoch die Erfahrung gemacht,

dass die Unfähigkeit des Staates, Unternehmen in seinem Eigentum auf geschäftlich gesunde Weise zu verwalten, zu den heutigen extrem hohen Strompreisen beigetragen hat. Dadurch sind der staatlichen Aktiengesellschaft Vattenfall höhere Gewinne als je zuvor beschert worden. Das hat aber zu negativen Konsequenzen für die schwedische Industrie geführt, vor allem für die Holz- und Stahlindustrie im Norden des Landes. Jeglicher Ausbau der Fabriken dort ist einseitig eingestellt. Politiker haben auf Kritik geantwortet, dass Schweden seine Preise dem gemeinsamen - und noch höheren - Preisniveau der EU anpassen müsse. Für die Unternehmen ist es jedoch kaum einsehbar, dass man naturgegebene und während langer Zeiten entwickelte industrielle Voraussetzungen, effektive und billigere Produktion zu betreiben, nicht ausnutzen soll, ohne den Markt mit zu hohen Preisen zu belasten.

Grundlagen der Genossenschaftsbewegung: Vertrauen und Offenheit

Es wurde gezeigt, dass die Arbeitsweise der dänischen Verteilungsgenossenschaften ausschloss, dass Politiker und Gewinn suchende Kapitalinvestoren entscheidenden Einfluss nehmen konnten. Dies galt für Beschlüsse sowohl hinsichtlich der Verwaltung und Entwicklung der Branche als auch der Risikofinanzierung von Investitionsprojekten. Derartige Entscheidungen sollten durch die Erfahrungen der einzelnen Wirtschaftszweige vor Ort getragen sein. Welche Probleme entstanden dadurch für die Elektrizitätsbranche, und wie wurden sie gelöst?

Bereits in den 1950er Jahren, also zu einem sehr frühen Zeitpunkt, erstatteten die Genossenschaften in Südjütland im Vergleich zu den kommunalen Elektrizitätsgesellschaften in Dänemark sehr weitreichende Rechenschaftsberichte. Daraus gingen die Ausgaben ebenso detailliert hervor wie die Einnahmen aus verschiedenen Produkten, etwa Schwachstrom für eine bestimmte Beleuchtung oder Starkstrom für gewisse Maschinen. Die genaue Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der Genossenschaft war vollkommen offen und transparent für alle Interessenten. Für die Mitglieder kam aber noch etwas hinzu: Sie mussten sich vor der Generalversammlung ein Bild davon machen können, inwieweit Preissenkungen zur Verkaufssteigerung möglich waren. Einige Mitglieder wurden auch gebeten, der Versammlung Vorschläge darüber zu unterbreiten, welche Preise die Genossenschaft im kommenden Geschäftsjahr für verschiedene Elektrizitätsprodukte ansetzen sollte. So wurde sichergestellt, dass entstehender Gewinn aus der Tätigkeit in Form von Niedrigpreisen weitestgehend an die Kunden weitergeleitet werden konnte. Die Mitglieder machten ja selbst einen großen Teil der Stromkunden aus, weshalb der Preis die vielleicht wichtigste Frage war, über die sie entscheiden sollten. Keineswegs überließ man diese Frage den Unternehmensführungen oder den Vorständen der beteiligten Firmen, die ja gemäß ihrer Konstitution keine eigene Rechtspersönlichkeit hatten, sondern völlig den Beschlüssen der Mitglieder untergeordnet waren.

Zur Politik der Genossenschaften gehörte auch das Streben, nur so wenig wie möglich Darlehen aufzunehmen und diese dann schnellstmöglich zu

tilgen. Die Investitionen für das Stromnetz und die Transformatorstationen konnten allerdings großen Kapitaleinsatz erforderlich machen. Während der Abzahlungsperiode mussten die Mitglieder als Stromkunden daher häufig höhere Strompreise bezahlen. Das war natürlich unbeliebt bei vielen und führte dazu, dass der Verkauf von Elektrizität zunächst nur langsam stieg. Wenn die Darlehen jedoch plangemäß getilgt waren, konnten die Genossenschaften die Preise für Strom stark senken. Obwohl die kommunalen Elektrizitätsgesellschaften geringere Kosten für die Stromnetze in den kleinen Städten hatten, war der Preis pro Kilowattstunde bei den Genossenschaften dennoch um ein Drittel niedriger. Verglichen mit entsprechenden deutschen Stromunternehmen lagen die Preise, wie gesagt, noch niedriger.

Diese Strukturen trugen zu Ausgleich und Vertrauen zwischen den Partnern der Branche bei. Die Erhöhung der Produktivität bei der Arbeit der Genossenschaften, kam den Beteiligten in Form günstiger Preise, die sie als Kunden bezahlen, zu Gute, nicht aber durch Gewinne, die zunächst bei den Anteilfirmen verbucht und dann an die Risikoträger ausgeschüttet worden wären. Letzteres erschien als eine umständliche und teure Prozedur, was sich durch den Vergleich mit den weniger rentablen kommunalen Elektrizitätsgesellschaften auch bestätigte. Das Risikokapital, das die Mitglieder zur Verfügung stellten, bestand ja eben nicht aus bar eingezahltem Geld, sondern aus Kreditgarantien. Da diese aber von den Banken vollständig akzeptiert waren, brauchten die Genossenschaften nicht einmal Gewinne und eigenes Kapital vorzuweisen, um Darlehen zu bekommen, die den gesamten Kapitalbedarf bei Investitionen deckten.

Der Vergleich mit der bürokratischen Arbeitsweise der gewinnorientierten kommunalen Unternehmen verstärkte in den Genossenschaften den Impuls zur vertrauensvollen und offenen Zusammenarbeit. Man entwickelte den Mut, sich aufeinander zu verlassen! Man hatte ein konkretes Ziel: günstigste Preise. Jeder konnte das kontrollieren, alle begriffen, wie es zu erreichen war. Außerdem baute alles auf einem Engagement wacher Konsumenten und Unternehmer von unten auf. Sie waren häufig Mitglieder von Konsum- und Produktionsgenossenschaften, die zunächst als Träger gegensätzlicher Interessen erscheinen mögen. Schweppenhäuser beschreibt, wie diese Interessen zum Ausgleich kamen: „Machen wir uns klar, was in der dänischen Wirtschaft vorliegt: Die Genossenschaftsidee hat, indem sie eingreifen konnte in die Gestaltung der sich gegenüberstehenden Seiten der Produktion und Konsumtion, ein Netz von bestimmten, in dieser Dichte bisher unbekanntem, sinnvollen Verbindungen geschaffen, die das wirtschaftliche Geschehen vernünftig gestalten sollen. Obwohl die Genossenschaften beider Seiten organisationsmäßig getrennt sind und nebeneinander bestehen, so finden sie doch ihre Mitglieder in den gleichen Menschen. In den Produktionsgenossenschaften sind die Landwirte als Produzenten vertreten, in den Konsumgenossenschaften als Verbraucher.“ (a.a.O., S. 78)

Zahlreiche Mitglieder der Elektrizitätsgenossenschaften repräsentierten diese Zweiteilung. Sie waren als aktive Teilhaber der beteiligten Firmen engagiert, die die Stromverteilung besorgten, und gleichzeitig waren sie als Käufer von Elektrizität Mitglieder der

Stromkonsumentengenossenschaften. Zwischen diesen beiden Parteien gab es keine grundlegenden Interessenkonflikte. Der Gewinn ging als Niedrigpreis voll und ganz an die Stromkunden. Als Mitglieder standen diese Kunden auch hinter dem Risikokapital der Genossenschaften, indem sie gegenüber den finanzierenden Banken die Kreditgarantien ausstellten. Das betraf die Mitglieder sowohl der Genossenschaften für Produktion, als auch der für Distribution und Konsumtion. Alle Parteien wussten, dass die Preise, die sie zahlten, zu keinen anderen Überschüssen führten als jenen, die als Preissenkungen bei den Kunden ankamen. Die Preise finanzierten also keine Gewinne, die bei den Genossenschaften verblieben und an deren Führungsetage als Bonus, Sonderrente oder Ähnliches ausgeteilt wurden. Derartige Gepflogenheiten sind mit der Zeit entstanden, vor allem durch große globale Aktiengesellschaften, den Genossenschaften waren sie jedoch wesensfremd. Deren Geschäftsordnung verpflichtete die Generalversammlung, alle wichtigen Entscheidungen zu treffen. Eine Verbuchung hoher Gewinne in der Bilanz der Genossenschaften war mit einer derartigen Geschäftsordnung nicht vereinbar.

Diese Vertrauen bildende Struktur war zugleich Fundament und Ausgangspunkt für die Entwicklung der gesamten dänischen Landwirtschaft. In allen Teilbranchen wurden richtige und gerechte Preise angestrebt, nachdem Landwirte und Unternehmen bekommen hatten, was sie zur sicheren Deckung ihrer Kosten und als Gewinn benötigten. Diese Preispolitik führte zu konkurrenzfähigen Preisen der dänischen Produkte und ermöglichte außerdem deren hohe und gleichbleibende Qualität. Dadurch stieg der Verkauf, nicht zuletzt auf den Exportmärkten. Allen wurde somit bestätigt, welch enormes Geschäftspotenzial durch diese Kooperation freigesetzt worden war. Und all das wurde durch die Kreditgarantien ermöglicht, die die Partner der Branche einander für jeweilige Investitionen ausstellten. Die Garantien beseitigten den Zwang, Gewinne zu erwirtschaften, die die Unternehmen den Bankdirektoren vorzeigen konnten, wenn sie Darlehen beantragten. Hierbei waren die Kreditgarantien vollkommen ausreichend. Hohe Qualität zu gerechten Preisen bei zuverlässiger Lieferkapazität trug zu der starken Verkaufssteigerung der gesamten Landwirtschafts- und Lebensmittelbranche in Dänemark bei.

Zukunftsqualitäten der Genossenschaftsbewegung

Die Genossenschaftsbewegung entstand in einer Übergangszeit, in der tragende Traditionen neuen Fragen und Anschauungsweisen begegneten und in der mehr Menschen von unten bewusst mitgestalten wollten. Die Genossenschaftsbewegung beruhte auf den Fähigkeiten der beteiligten Individuen. Viele von ihnen betrieben eigene Firmen, vor allem innerhalb der Landwirtschaft und im

Wirtschaftsleben und soziales Urteil

„Es muss [...] vor allen Dingen ein sicheres Urteil der Menschen darüber herausgefordert werden, dass der einzelne Mensch nicht in der Lage ist, irgendwie im wirtschaftlichen Leben etwas zu tun, was sich in dieses wirtschaftliche Leben fruchtbringend einfügen kann. Im geistigen Leben ist es einmal so, dass das Urteil zuletzt immer doch vom einzelnen Menschen ausgehen muss; daher muß durch ein freies Geistesleben der einzelne Mensch voll zur Geltung kommen können; es muss der Zustand herbeigeführt werden, durch den ein jeder gemäß seinen Fähigkeiten ganz individuell zur Geltung kommen kann. Im Wirtschaftsleben würde das gar nichts nützen. [...]

Diese individuellen Fähigkeiten bereichern das allgemeine Leben der Menschheit, wenn sie der Mensch anwendet. Wenn er sie einfach anwendet, wird das Gemeinschaftsleben bereichert. Im Wirtschaftsleben als solchem, das heißt, sofern man es zu tun hat mit dem Austausch und der Bewertung von Waren, liegt aus dem Menschen heraus nichts anderes vor als seine Bedürfnisse. Der Mensch weiß gewissermaßen als Einzelner nichts über das Wirtschaftsleben und seine Notwendigkeiten durch etwas anderes als durch seine Bedürfnisse; er weiß, daß er in einem gewissen Maße essen und trinken muss, er hat einzelne individuelle Bedürfnisse. Aber diese individuellen Bedürfnisse haben nur eine Bedeutung für ihn selbst, lediglich für ihn selbst.

Was ein Mensch geistig produziert, hat für alle anderen eine Bedeutung; was er geistig produziert, ist in der Tat von vornherein von sozialer Bedeutung. Die Bedürfnisse, die ein Mensch hat, und um derentwillen er wünschen muß, dass es ein Wirtschaftsleben gibt, haben nur für ihn Bedeutung. Er könnte wirtschaftlich nur wissen, wie er für sich selber zu sorgen hat. Das liefert aber durchaus in keiner Weise irgendwie einen sozialen Maßstab, nirgends die Grundlage für ein soziales Urteil. [...]

(Rudolf Steiner: Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus? Zwei Schulungskurse für Redner und aktive Vertreter des Dreigliederungsgedankens, Stuttgart 1921, Vortrag vom 16.2.1921 abends, GA 338)

Gemeinsinn

Dass sich „selbsttätige Vernunft [...] geltend macht im volkswirtschaftlichen Prozesse, dass dieser in gesunder Konstitution ist [...] kann aber nicht auf andere Weise sein, als daß die Menschen vereint sind, die nun wirklich in Bildern den volkswirtschaftlichen Prozess Stück für Stück innehaben und dadurch, daß sie vereint sind in den Assoziationen, eben sich gegenseitig ergänzen, gegenseitig korrigieren, so dass die richtige Zirkulation im volkswirtschaftlichen Prozeß vor sich gehen kann.

Nun handelt es sich natürlich darum, dass man zu einer solchen Sache Gesinnung braucht, aber dass die Gesinnung allein nicht ausreicht. Sie können meinerwillen Assoziationen begründen, die starke wirtschaftliche Einsichten haben; wenn in diesen Assoziationen etwas nicht drinnen ist, so werden auch die Einsichten nicht viel helfen. Darinnen sein muß in solchen Assoziationen dasjenige, was man eben darinnen haben wird, wenn solche Assoziationen überhaupt nur als notwendig anerkannt werden; darinnen wird in diesen Assoziationen Gemeinsinn sein müssen, wirklicher Sinn für den ganzen Verlauf des ganzen volkswirtschaftlichen Prozesses.“

(Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs, 10. Vortrag, 2. August 1922, GA 341)

Dienstleistungssektor. Kooperation in der Landwirtschaft war während mehrerer Jahrhunderte gewachsen, und allmählich formten sich funktionierende Netzwerke zwischen Unternehmern und Verbrauchern. Die Genossenschaftsbewegung baute auf dem Willen ihrer Mitglieder auf, sich wirtschaftlich zu engagieren, bis zu Kreditgarantien für gemeinsame Projekte, über die sich die beteiligten Firmen verständigten. So wurden die Genossenschaften zu einer breiten volkstümlichen Bewegung.

Die Entwicklung derartiger assoziativer Strukturen wurde in starkem Maß von der Wertschätzung durch Öffentlichkeit und Parlament gefördert, auf die die ursprüngliche Idee zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts stieß. So wurde der Direktor des Hochspannungswerks in Süd-jütland, einer der Initiatoren der Genossenschaften für die Verteilung von Elektrizität, als Anerkennung für seine Verdienste zum Ritter des Danebrog-Ordens ernannt. Das trug dazu bei, auf das Genossenschaftssystem und dessen Bedeutung für die Landwirtschaft und den Export aufmerksam zu machen.* „Seit vom Ende des vorigen Jahrhunderts die landwirtschaftlichen Vereinigungen in den krisenhaften Erscheinungen besonders für den Export eine Erleichterung bringen und den neuen Betriebsformen Anerkennung verschaffen konnten, sind die Produktionsgenossenschaften zu den eigentlichen Trägern im landwirtschaftlichen Geschehen - Rohstoffeinkauf, Verarbeitung, Herstellung und Absatz - geworden. Der bestimmende Teil des Milchmarktes (und damit auch des Butter- und Käsemarktes), der Fleisch- und Eierproduktion, der Getreide-, Vieh- und Saatgutwirtschaft ist inzwischen nach genossenschaftlichen Gedanken in Produktionsgenossenschaften geformt worden und hat dazu beigetragen, dass der Export dänischer landwirtschaftlicher Produkte zu außerordentlicher Bedeutung heranwachsen konnte, berühmt wegen seiner gleichbleibenden Qualität. Neben diesen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bestehen auch zahlreiche gewerbliche und handwerkliche Genossenschaften (z.B. Kohleneinkaufs-, Bau- und Wohnungsgenossenschaften, Elektrizitätsgenossenschaften, Genossenschaftszementfabrik). Ebenso haben sich eine Genossenschaftsbank, Genossenschaftsparkassen und genossenschaftlich organisierte Versicherungsvereine gebildet.“**

Es entstand also nicht weniger als ein neues Risikokapitalsystem, das auf der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Konsumenten beruhte, was auch bei Projekten funktionierte, die besonders empfindlich gegenüber der Dynamik der Konkurrenz waren. Anregend für die Genossenschaftsbewegung hat im übrigen auch die dänische Volkshochschulbewegung gewirkt, die von dem großen Volkspädagogen Nikolaj Frederik Severin Grundtvig ins Leben gerufen worden war und innerhalb derer sich eine breite Debatte auch über die Aufgaben der Genossenschaften entfalten konnte.

Wichtig war auch die hohe Disziplin und das Engagement aller Beteiligten im Hinblick auf die Arbeit an den gemeinsamen Aufgaben, die man nicht an den Staat delegieren, sondern selbstverantwortlich lösen wollte.

* Schweppenhäuser, a.a.O., S. 112.

** Schweppenhäuser, S. 76.

Wahrnehmungsvermögen und klares Denken, die in dieser Arbeit gefördert wurden und im Sinne Rudolf Steiners zu „objektivem Gemeinsinn“ führten, hatten eine stabilisierende Wirkung auf die Wirtschaft. Im Gegensatz dazu soll das Wirtschaftsleben heute maximalen Profit erbringen und seine Aktienbörse erzeugt Gewinner und Verlierer. Das Risikokapitalsystem der Genossenschaftsbewegung konnte dagegen mit äußerst geringen Kosten betrieben werden. Seine Gewinne kamen über Preissenkungen allen zu Gute. Es schuf eine Atmosphäre, die Zusammenarbeit anregte und zu erfolgreicher und expansiver Geschäftsentwicklung beitrug, die ihrerseits zu weltweitem Export führte. „So vielfältig die Interessen und Aufgaben auch sind, das dänische Genossenschaftswesen stellt eine Einheit dar und einen Organismus. Produktions- und Verbrauchsgenossenschaften sind an der Landwirtschaft orientiert und versuchen sie als den meistrepräsentativen Teil Dänemarks zu fördern. Aus kleinen Anfängen heraus ist in einem Jahrhundert eine Volksbewegung geworden, die wie in keinem anderen Lande zu einem lebenswichtigen Bestandteil der ganzen Wirtschaft geworden ist.“***

Ein ausgewogenes System, Risikokapital zu beschaffen

Kann aber die Genossenschaftsbewegung der heutigen globalen Wirtschaft angepasst werden? Verglichen mit dem selbstverständlich ländlichen Charakter, der die dänische Landwirtschaft prägte, als das Risikokapitalsystem der Genossenschaftsbewegung entstand, ist die Weltwirtschaft heute häufig von völlig neuer und fortgeschrittener Technik, vor allem auf dem Gebiet der Informationsübertragung, gekennzeichnet. Außerdem gibt es überall in der Welt verschiedenste gesellschaftliche Kulturen sowie individuelle Bedürfnisse und Motive unterschiedlichster Art. Gibt es einen kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen der damaligen dänischen Landwirtschaft und der heutigen Weltwirtschaft, der noch immer gültig ist? Gibt es tatsächliche, grundlegende Eigenschaften des erfolgreichen Risikokapitalsystems, die die Genossenschaftsbewegung entwickelte und die ein globales Risikokapitalsystem auch heute enthalten muss? Gibt es Möglichkeiten einer fruchtbaren Erneuerung des verfestigten kapitalistischen Systems für Risikofinanzierung?

Zur Beantwortung dieser Fragen müssen wir zunächst die grundlegenden Eigenschaften des Risikokapitalsystems der Genossenschaftsbewegung noch genauer untersuchen. Wir haben gesehen, dass dort ein Gleichgewicht zwischen den beiden entgegengesetzten Polen des Wirtschaftslebens geschaffen wurde, also zwischen Produktion und Konsumtion. In jeder Wirtschaftsform müssen diese beiden Pole die Balance anstreben, um Krisen zu vermeiden. Das System der Genossenschaften schuf das Gleichgewicht, indem es bei entscheidenden Investitionsfragen die Verbraucher einbezog. Dies geschah mit Hilfe der hier behandelten Kreditgarantien, die auch die Konsumenten ausstellten und die ihnen eine bedeutende Rolle bei der risikofinanziellen Arbeit der Branchenvereinigungen verliehen. Dabei konnten die Verbraucher mit der ‚gegnerischen‘ Seite, das heißt mit den Produzenten und Unternehmen der Branche, Rück-

*** Schweppenhäuser, a.a.O., S. 78.

sprachen halten. Da man ein wirtschaftliches Risiko auf sich nahm, konnte man gemeinsam entscheiden, welche Investitionen durch die Kreditgarantien unterstützt werden sollten, die bei der Bank eingereicht wurden.

Heute nehmen die Konsumenten in der Regel am Wirtschaftssystem teil, indem sie kaufen, was bereits lieferbar ist. Jegliche Entwicklungsarbeit ist getan, alle Investitionen sind getätigt und die Kosten dafür aufgeschlagen. Als Privatperson kann man allenfalls durch die Aktienbörse an den Investitionen des Wirtschaftslebens teilnehmen, dann allerdings nicht als Verbraucher. Aber an der Börse führen solche Aktiengeschäfte den betroffenen Aktiengesellschaften selten neues Kapital zu, das etwa für Investitionen benötigt wird. Der Hauptanteil des Kapitalumsatzes geht stattdessen an diejenigen, die die Aktien verkauft haben. Nur in eingeschränktem Umfang funktioniert der Börsenhandel tatsächlich als Kapitalmarkt, nämlich vor allem bei Kapitalerhöhungen durch Aktienemission, durch die sich Unternehmen mit „frischem Geld“ versorgen.

Kritiker des Risikokapitalsystems der dänischen Genossenschaften mögen geltend machen, dass es durch seine ‚Geschlossenheit‘ die freie Konkurrenz einschränke. Indessen gab es dort vollen Wettbewerb, wenn die Frage risikofinanzieller Unterstützung eines Investors untersucht wurde. Allerdings kennzeichnete solche Konkurrenz lediglich die einleitende Phase der Arbeit in den Verteilungsgenossenschaften. Die Projektidee wurde dann von den Mitgliedern und Teilhabern eingehend durchleuchtet; das galt für die jeweiligen Interessenverbände von Herstellern, Händlern und Verbrauchern. Dort wurde diskutiert, wie dringend das Projekt für die Branche sein konnte. Dabei konkurrierte das Projekt frei mit alternativen Ideen und anderen aktuellen Projekten, und es wurde etwa beratschlagt, inwieweit es zur Durchführung reif war. In dieser Phase kam es darauf an, sich auf Projekte zu konzentrieren, die sowohl das investierende Unternehmen als auch die übrige Branche stärken konnte, die durch Kreditgarantien Risiken auf sich nahm.

Diese Art, die finanzielle Rolle der Branchenvereinigung bei Investitionen durch die Mitglieder zu prüfen und vorzubereiten, bildete eine stabile Basis für das risikofinanzielle System, das die Genossenschaften anwandten. Dadurch wurde seine immanente Fähigkeit in Anspruch genommen, entgegengesetzte Interessen auszugleichen, was den Branchenpartnern positive Erfahrungen dieser Vorgehensweise und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Branche einbrachte.

Daran mangelt es in heutigen risikokapitalistischen Systemen in starkem Maße. Hier müssen die Unternehmen loyal gegenüber den Aktionären sein, vor allem gegenüber deren Interesse, das eigene Risikokapital durch Maximalprofit bei den Unternehmensgeschäften zu mehren, die sie durch ihren Besitz kontrollieren. Für ein expansives Unternehmen ist die Verfügung über risikowilliges Kapital vollkommen entscheidend. Wenn es dieses Kapital durch Gewinne aus den Geschäften selbst erwirbt, kann es vielleicht einigermaßen frei, allerdings in Übereinkunft mit den Aktionären, darüber verfügen. Verträge zwischen Firmen über eine Zusammenarbeit, die die risikofinanzielle Basis stärken und mehr Eigenkapital generieren, sind allerdings ganz und gar Sache der Aktionäre. Solche Verträge können nicht,

nach dem Vorbild der dänischen Genossenschaften, innerhalb der Branche auf der Ebene der Unternehmen behandelt werden. Im Gegenteil: Gemäß herrschender Doktrin und internationaler Konzerngesetzgebung sollen und müssen Unternehmen gerade miteinander konkurrieren, weil man meint, dass nur auf diese Weise eine fruchtbare Entwicklung stattfinden könne. Zusammenarbeit würde, so die Auffassung der herrschenden Lehre, eher zu höheren Preisen und Gewinnen führen. Der Markt ist daher zu einem Ort geworden, an dem die Firmen einer Branche einander als Kombattanten gegenüberstehen, wobei es um Nachfrage, Marktanteile und Profitmöglichkeiten geht. Die Folge besteht nicht selten aus empfindlichen Kapitaleinbußen für die Verlierer. Solche Risiken können die Aktionäre jedoch verringern, indem sie ihre Firmen fusionieren. Außerdem können sie Bedrohungen begegnen, indem sie die Tätigkeit ihrer Unternehmen auf rentable Felder beschränken.

Dies ist ein untrennbarer Bestandteil der privatkapitalistischen Ideologie, die die Bedeutung kapitalstarker Besitzer betont. Die Besitzer sollen stark genug sein, um ihr Marketing finanzieren und sich mit dessen Hilfe gegen Konkurrenten behaupten zu können. Möglichst möchte man die Konkurrenz überwinden und vom Markt verdrängen. Andernfalls müssen die Besitzer stark genug sein, um Verluste nach Marktangriffen kapitalstarker Konkurrenten zu überleben. Um in einer solchen Wirklichkeit Erfolg zu haben, bedarf es natürlich großer Kapitalressourcen, die durch Gewinne aufgefüllt werden.

Das dänische Genossenschaftswesen innerhalb der Landwirtschaft und ihrer zahlreichen Teilbranchen stellte hingegen, mit seiner Zuwachsrate im Export „eine Einheit dar und einen Organismus“^{*}. Investitionsfragen waren dort von gemeinsamem Interesse innerhalb der Branche, vor allem da sie den Absatz sicherten. Das war für die Unternehmer wichtiger als eventuelle Gewinnmöglichkeiten eigener Projekte. Diese Haltung lieferte außerdem Verbrauchern wie Unternehmern unterschiedlichster Art gute wirtschaftliche Gründe, gemeinsam zu arbeiten und Risiken auf sich zu nehmen, was durch Kreditgarantien geschah. Auch die Banken spielten eine entscheidende Rolle bei dieser Entwicklung: als Beurteiler der Zuverlässigkeit der Beschlüsse, die von den verschiedenen Protagonisten innerhalb der Genossenschaften gemeinsam herbeigeführt wurden. Durch die unterschiedlichen Standpunkte bekamen die Banken ein differenzierteres Bild des Kreditantrags. Die Entscheidung über eine Darlehensbewilligung wurde dadurch erleichtert. Sie konnte hauptsächlich von realistischen und rein marktwirtschaftlichen Voraussetzungen des entsprechenden Projekts ausgehen.

Durch ihre Kreditgarantien gaben die Teilhaber, sowohl Konsumenten als auch Unternehmer, füreinander wirtschaftliche Willenserklärungen ab. Vor allem mit dieser Arbeitsmethode trug man dazu bei, die Branche und die gesamte Landwirtschaft zu einer Einheit und einem Organismus zu machen. Das Prinzip der ‚gerechten Preise‘, das die Anteilsgesellschaften anstrebten, beseitigte in hohem Maß entgegengesetzte Interessen in der Preisfrage bei Konsumenten und Produzenten. Dafür ‚bezahlen‘

* Schweppenhäuser, a.a.O., S. 78.

die Mitglieder stattdessen mit ihren Kreditgarantien und deckten die Verluste, die zuweilen im Zusammenhang mit Investitionen entstanden. Das Risiko, das man damit auf sich nahm, war aber offensichtlich begrenzt.

Schwierigkeiten mit heutigem Risikokapital - wie sich die globale Wirtschaft von der Genossenschaftsbewegung entfernte

Die wirtschaftliche stabile Entwicklung der dänischen Genossenschaften gibt ein Bild von den Möglichkeiten solidarischer Ökonomie. Dennoch muss man sich klar sein, dass die Bewegung unter anderen Verhältnissen erwachsen ist, als wir sie heute haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen diese Verhältnisse allmählich zu verschwinden. Bis dahin wohnte noch der überwiegende Teil der Bevölkerung auf dem Lande. Hohe Geldeinkommen waren ungewöhnlich und zugleich konnten sich die Menschen durch die Landwirtschaft noch in hohem Grad selbst versorgen. Hohen Kosten gegenüber war man im Allgemeinen zurückhaltend, und Jahrhunderte alte Traditionen regionaler oder lokaler Selbstverwaltung waren tief verwurzelt. Im Zuge der allgemeinen Entwicklung lösten sich diese Formen jedoch immer mehr auf; Haltungen und Gewohnheiten änderten sich, und die Menschen wurden immer bewusster.

Die heutige Wirtschaftsstruktur unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht grundlegend von der damaligen. Die Landbevölkerung, die die Mitgliedschaft der Genossenschaften in Südjütland ausmachte, bildet heute in den westlichen Industrieländern nur noch einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung. Wir leben inzwischen in einer globalisierten, verflochtenen Wirtschaft und verfügen über ganz neue Kenntnisse, Technologien und Produkte. Sowohl Verbraucher als auch Unternehmer leben von Produkten und arbeiten täglich und fast stündlich damit, die den Netzwerken spezialisierter Firmen entspringen, die über die ganze Welt verteilt sein können. Diese Netzwerke sprießen und gedeihen auf dem Boden zwischenmenschlicher Kontakte, der gegenseitigen Beurteilung von Bedingungen und Möglichkeiten, Produkt- und Lieferqualität, Zuverlässigkeit bei der Zusammenarbeit und ähnlicher Qualitäten.

Eine andere und immer stärkere Komponente dieser Entwicklung stellen Transaktionen von Unternehmens- eigentum dar. Wenn einer oder mehrere Besitzer Firmen verkaufen oder fusionieren, können sich große Veränderungen ergeben. Häufig geschieht das, um eine starke und dominierende Marktposition zu erlangen. Heute wird es immer gebräuchlicher, die Kosten durch Entlassungen radikal zu senken, vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzverlagerung in Länder und Regionen mit niedrigeren Lohnkosten. Dort geht das dann häufig weiter. So ist über eine schwedische Spielzeugfirma, die chinesisches Spielzeug eingekauft hatte, zu lesen gewesen, dass die Lieferanten in China demselben starken Konkurrenzdruck ausgesetzt wurden, wie er unter den westlichen Bestellern herrscht. Die chinesischen Lieferanten haben sich daher Arbeitskräfte aus dem Südwesten ihres Landes geholt, die zu ausgesprochen niedrigen Löhnen arbeiten und unter nahezu sklavenähnlichen Verhältnissen in umzäunten

Räumlichkeiten wohnen mussten, die sie praktisch kaum verlassen können. Was die meisten allerdings immer noch dem Leben in ihren Heimatdörfern vorziehen.

Ähnliche Tendenzen gibt es bei der globalen Entwaldung. Lange trat sie vor allem als Brandrodungslandwirtschaft bei armen Bauern auf und wurde zu einem wachsenden ökologischen Problem. Je mehr dieser Prozess fortschritt, desto größere Flächen wurden in den dichtbesiedelten Weltteilen entwaldet. Heute stellt die Entwaldung eine dramatische Bedrohung vor allem des tropischen Regenwaldes dar. Darüber hinaus zeigt sich nun eine neue Tendenz. Hocheffektive, moderne technische Ausrüstung hat auf kurze Sicht eine Gewinnoptimierung durch übermäßige Abholzung ermöglicht. Das ist die Folge des marktwirtschaftlichen Risikokapital-systems, das Unternehmen und deren Eigentümer dazu zwingen kann, die Natur brutal zu zerstören, um nicht von der Konkurrenz verdrängt zu werden. Häufig fehlt es an einer effektiven öffentlicher Verwaltung, die das mit rechtlichen Mitteln bremsen könnte. Außerdem gibt es natürlich keinerlei finanzielle Solidarität, wie sie sich in Branchen entfalten kann, deren Beteiligte gemeinsam die Risiken für Bankkredite tragen, um Projekte zu verwirklichen, die für alle von Interesse sind.

Durch die Globalisierung bedrohen daher zum Beispiel asiatische Länder in zunehmendem Maß die alte ‚Oberklasse‘, die seit den Zeiten des Kolonialismus im Westen geherrscht hat. Aber der Osten ist heute nicht nur durch die äußerst billige Arbeitskraft gekennzeichnet. Dort geht auch eine dynamische Entwicklung von Forschung und Ausbildung vor sich, die den Vorsprung des Westens auf diese Gebieten immer mehr aufzehrt. Allein in Indien werden jährlich etwa 300.000 Ingenieure ausgebildet. Eine solche Entwicklung kann man mit derjenigen in Schweden vergleichen, das noch im neunzehnten Jahrhundert zu den armen und wirtschaftlich rückständigen Ländern gehörte. Dort im kalten Norden mit den kurzen Sommern lebte man vor allem von der Landwirtschaft. Holz und Erz waren die dominierenden Exportprodukte. Dann aber erfolgte ein schneller Zuwachs an Ausbildung, Forschung, Produkt- und Systementwicklung - ein wenig wie im heutigen Indien. Schon nach einigen Generationen führte das dazu, dass Schweden statistisch zu den reichen Ländern der Weltwirtschaft gehörte.

Es ist denkbar und wahrscheinlich, dass der Szenenwechsel, den wir heute erleben, Ausdruck einer beginnenden Veränderung der Weltwirtschaft ist. Und angesichts der modernen Kommunikationstechnik wird diese Veränderung vermutlich schneller verlaufen als die damalige Entwicklung in Schweden. Die neuen Kräfte werden uns daher zu schmerzhaften Umstellungen zwingen. Dies gilt, wie das Beispiel der chinesischen Spielzeugindustrie zeigt, auch für kleine randständige Subunternehmen. Noch befinden wir uns in der Pionierphase der Globalisierung. Aber jetzt schon macht sich der Mangel an risikofinanziellen Kooperationsformen, die in der heutigen Situation erforderlich wären, alarmierend bemerkbar, - wobei deren Herausbildung unter anderem durch die Gesetzgebung erschwert wird.

Wir scheinen die Kontrolle über die Weltwirtschaft verloren zu haben. Immer schwieriger wird es, wie

die Weltfinanzkrise deutlich zeigt, die Dynamik vor allem der Kapital- und Finanzmärkte zu durchschauen und zu steuern. Bereits in unserer unmittelbaren Umgebung sehen viele von uns, dass mit dem Geld etwas nicht in Ordnung ist. Geld funktioniert nicht mehr als Mittel, tatsächliche Werte auf korrekte Weise widerzuspiegeln und reibungslos einer sozial fruchtbaren Globalisierung des Wirtschaftslebens zu dienen. Geld und Kapital verschiedenster Formen sind rentable Produkte eines rasch wachsenden Marktes geworden. Dort entstehen Wirtschaftsformen, die eine unangemessen einseitige Verteilung der gesammelten Überschüsse schaffen: zwischen denen, die viel, und anderen, die wenig oder nichts haben...

Viele dieser Probleme entstehen durch das heutige Risikokapitalsystem. Es bildet inzwischen die zentrale Funktion der Wirtschaft und befindet sich seit Beginn des Industrialismus fest in den Händen der Kapitalbesitzer. Es ist so eingewurzelt, dass es schwer zu ändern ist. Wir müssen es jedoch ändern, denn in der globalen Wirtschaft wachsen Unternehmen und Konsumenten funktionsmäßig immer mehr zusammen und werden voneinander abhängig. Ihre Zusammenarbeit wird jedoch immer wieder gestört, wenn Aktionäre aus machtpolitischen Gründen kompliziertere Finanzierungslösungen auf längere Sicht blockieren. Daher sind heute ganz neue Ansätze erforderlich. Daraus ergibt sich die Frage, ob es möglich ist, ein solidarisches Risikokapitalsystem zu entwickeln, das dieselbe dynamische und stimulierende Wirkung auf die Zusammenarbeit innerhalb der globalen Wirtschaft hat wie einst die Genossenschaftsidee auf die Landwirtschaft in Dänemark und das gleichzeitig den neuen Verhältnissen angepasst ist.

Diese Frage muss weiter untersucht werden. Dabei sollten wir zunächst von politischen Behinderungen absehen, die diesen Geschäftsgedanken erschweren. In Schweden sind das zum Beispiel die Regeln, die den Kreditgarantieverbänden lediglich begrenzte Kreditgarantien auszustellen gestatten. Entscheidend ist, dass die entgegengesetzten Rollen von Produzenten und Konsumenten innerhalb der Wirtschaft durch ein neues Risikokapitalsystem auf gesunde Weise ausgeglichen werden können. Das wäre möglich, falls die Konsumenten bei der Risikofinanzierung konkreter Investitionen mitwirken könnten, etwa auf die praktische Weise, die durch Kreditgarantien geboten wird.

Schlussbemerkung

Die heutige Krisensituation - Bedrohung der Weltwirtschaft durch den finanzmarktgesteuerten Kapitalismus in Verbindung mit Treibhauseffekt und Energiekrise - führt zu einer Wendepunkt-Situation der Wirtschaft. Die Frage nach einer neuen Marktstruktur und Zusammenarbeitsformen, die den heutigen Herausforderungen gerecht werden, kann nicht länger umgangen werden. Denn die Menschheit wird in immer neue Katastrophen geraten, wenn sie das Wirtschaftsleben nicht auf neue Grundlagen stellt. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die praktische Verwirklichung eines „Wirtschaftslebens nach dem Kapitalismus“.

Energie in Bürgerhand

www.energie-in-buergerhand.de
(Aus einem Flyer der Initiative)

Stell Dir vor: Mit schon 500 Euro bist Du Miteigentümer von 90 Stadtwerken mit 7,5 Millionen Kunden. Du kannst mitbestimmen, ob diese mit Atomstrom oder grünem Strom versorgt werden. Du kannst dafür sorgen, dass Millionenbeträge nicht länger in Konzernkassenversickern, sondern zurück in die Taschen der Bürger vor Ort fließen.

Das geht jetzt: Freiburger Bürger haben die Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ gegründet, um gemeinsam mit vielen anderen die Idee einer ökologischen und zukunftsweisenden Energiewirtschaft zu verwirklichen. Jeder kann als gleichberechtigtes Mitglied der Genossenschaft beitreten. Er erhält unabhängig von der Höhe seines Anteils eine Stimme. So ist auch ausgeschlossen, dass sich Investmentgesellschaften einkaufen können, um unsere Ziele zu beeinflussen.

Unsere Ziele: Demokratisierung der Energiewirtschaft, Dezentralisierung der Energieerzeugung, Ausstieg aus der Atomenergie, Ausbau der erneuerbaren Energielandschaft, Förderung der Energieeinsparung und Energieeffizienz, ehrliche Preise und klare Strukturen, Bürger vor Ort an Energiefragen stärker beteiligen.

Eine einmalige Chance, die man jetzt ergreifen muss! Um einer Zwangsenflechtung durch das Kartellamt vorzubeugen, will E.ON seine Tochter Thüga, in der Beteiligungen an den Stadtwerken gebündelt sind, bis zum Sommer 2009 verkaufen. Das Zeitfenster für eine Thüga-Beteiligung ist also klein - aber es ist eine einmalige Chance.

Der geschätzte Wert der Thüga liegt bei rund 4 Milliarden Euro. Schon jetzt haben sich zwei Gruppen aus Stadtwerken und kommunalen Versorgern zusammengetan, um rund 60 - 70 Prozent der Thüga-Anteile zu erwerben. Weitere Stadtwerke haben ihr Interesse bekundet und auch wir wollen mit einer möglichst hohen Beteiligung einsteigen.

So können es Bürger und Kommunen schaffen, den Energieriesen ein Schnippchen zu schlagen, und das fünfgrößte Energieunternehmen in Deutschland zu übernehmen!

Eine sichere Investition mit solider und zukunftsweisender Rendite. Die Thüga ist ein Unternehmen mit 1,5 Milliarden Euro Jahresumsatz, 20.000 Mitarbeitern und bietet ein breites Portfolio, das ein Höchstmaß an Sicherheit garantiert. Die Thüga konnte in der Vergangenheit regelmäßig solide Gewinne erwirtschaften, die der Mutter E.ON zufließen. Mit einer Beteiligung haben wir einen Fuß in der Thüga und können erreichen, dass dieses Geld in Zukunft zurück zu den Bürgern und in eine ökologische Energiewirtschaft fließt. Unsere ökologischen Perspektiven in der Thüga: Verzicht auf Atomstrom in den Thüga-Stadtwerken, weitgehend regenerative Erzeugung von Strom und Gas, massive Förderung von Energieeffizienz und -einsparung

Unsere finanziellen Perspektiven in der Thüga: eine sichere Geldanlage mit hoher Werthaltigkeit, eine zu erwartende Mindestverzinsung von 6% p.a. - Gewinne, die zurück an die beteiligten Bürger fließen, ein Fond zur Förderung ökologischer Projekte.